



BESOLDUNG

# GdP-Aktionskette reißt nicht ab

Die GdP-Aktionskette gegen das Besoldungsdiktat der Landesregierung fand am 23. 10. 2007 mit der DGB-Demo in Mainz ihren vorläufigen Höhepunkt. Alle Organisationsbereiche der GdP haben sich seit Juni 2006 vorbildlich an den Aktivitäten beteiligt. Der Landtag entscheidet voraussichtlich Mitte Dezember. Wir werden nicht locker lassen! Wir haben mehr verdient: 0,5 % mehr Lohn – ein Hohn!



Plakataktion und Demo



Diätschokolade für die Abgeordneten zum Jahreswechsel und Übergabe durch die „Heiligen Drei Könige“ beim Landtagspräsidenten



DGB-Vorstand, Ministerrat und GdP beim Innenminister und Kuchenübergabe beim Haushalts- und Finanzausschuss



Junge Gruppe und KG Mainz bei der Maikundgebung, GdP-Demo in Ludwigshafen, Anhörung zum Gesetz im Finanzministerium und Info-Stand in Trier

Kreisgruppen im Gespräch mit Abgeordneten

Die Bilder zeigen nur einen Ausschnitt der Aktionen. Über die Demo werden wir in der Dezemberausgabe berichten.

# Weiteren Meilenstein in Brodenbach gesetzt

**Am Ende des zweiten Tages eines GdP-Seminars war für die Teilnehmer klar: Der Weg zur Implementierung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) für die rheinland-pfälzische Polizei muss weitergegangen werden; auch dann, wenn es Geld kostet.**

Als vorteilhaft erwies sich, dass die GdP gleichermaßen als Referenten, wie als Teilnehmer die Vertreter der Unfallkasse Rheinland-Pfalz eingeladen hatte, die bereits das Ministerium des Innern (ISM) bei den Vorplanungen unterstützen. Für die Gesundheitswissenschaftlerin **Wenke Simon**, den Organisationspsychologen **Dr. Kai Lüken** und Diplomingenieur **Herbert Werner** waren zwei Tage (und ein Abend) mit Personalräten aus dem ganzen Land eine hervorragende Gelegenheit, die Polizei näher kennen zu lernen. Sie waren nach einem Eingangsreferat von GdP-Mann **Bernd Becker** erstaunt, wie lange und intensiv die Gewerkschaft der Polizei schon am Thema Gesundheit für Polizeibesetzte arbeitet. Ebenfalls mit dabei waren Vertreter des ISM. Referatsleiter

**Philipp Römer** ist für die Einführung und den Betrieb der Gesundheitsförderung verantwortlich. **Friedel Durben** war in der Polizeiabteilung einer der Väter der neuen Dienstportrichtlinie.

### Besondere Belastung Polizei

Becker beschrieb die Gratwanderung zwischen nützlicher Sensibilisierung der Kolleginnen und Kollegen und dem „Herbeireden“ von Krankheit und Belastung. An zahlreichen Beispielen stellte er dar, dass „Polizei besonderen Belastungen ausgesetzt ist“. „Es geht in der Polizei sehr oft eben nicht nur um die Frage, ob es Ärger mit dem Chef oder Probleme beim beruflichen Fortkommen gibt“, meinte er. Vielmehr gehe es oft um Gewaltanwendung, Angst, Traumatisierung, Überforderung, die Gefahr, sich strafbar zu machen oder anderen Menschen Unrecht zu tun. Auch das Privatleben sei von den besonderen Erwartungshaltungen an einen Polizisten oder eine Polizistin geprägt. Mit Lösungsansätzen, die in den bisherigen Workshops und beim Landesdelegiertentag der GdP zu dem Thema gefunden wurden sowie den Erfahrungen aus einem Seminar bei dem Deutschen Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung ging der Vortrag zu Ende. **Bernd Becker** und **Josef Schumacher** vom PP Trier sind mittlerweile Mitglied einer GdP-Bundeskommission zum Thema Arbeitsschutz; Becker für das Thema BGF und Schumacher für das Thema Schadstoff- und Strahlenbelastung.

### Dienstsport auf neuer Grundlage

Zufrieden schilderte **Friedel Durben** das Zustandekommen der neuen Richtlinie. Erstmals – so

**Durben** – werde nicht auf Repression gesetzt, sondern mit der Freizeit-Belohnung für Sportabzeichen und Polizei-Leistungsabzeichen ein Anreizsystem implementiert. Das ISM hoffe, dass die neue Richtlinie in den Behörden und Einrichtungen zu einem kreativen und qualifizierten Dienstportangebot führe. „Dabei können die

ment zu kümmern. **Simon** verdeutlichte die wissenschaftlichen und rechtlichen Grundlagen der Gesundheitsförderung. Unabhängig von der Diskussion, ob der Arbeitgeber als Ausfluss seiner Arbeitsschutzpflichten auch Gesundheitsförderung betreiben müsse, gebe es für die rheinland-pfälzische Landesregierung und die nachgeordneten Bereiche mit dem „Rahmenkonzept zur Einführung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ absolu-



**Wenke Simon (halbrechts, erste Reihe), Dr. Kai Lüken (hinten, 3. v. rechts) und Herbert Werner (5. v. links) von der Unfallkasse Rheinland-Pfalz führten sich zwei Tage wohl im Kreise der Polizeipersonalräte, die sich für die Gesundheit ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Transfer von Erkenntnissen in beiden Richtungen: Auch die Referenten aus dem ISM Philipp Römer und Friedel Durben (3. und 4. v. links) waren gleichzeitig für einen Tag Teilnehmer am Seminar zur Betrieblichen Gesundheitsförderung.**

vier Stunden im Monat nicht alles sein“, meint **Durben**, der Dienstsport solle möglichst viele Kolleginnen und Kollegen wieder an den Sport heranzuführen, der dann auch in der Freizeit betrieben werde. Zusätzliche hauptamtliche Übungsleiter seien nicht Gegenstand der Überlegungen gewesen, es gehe vielmehr darum, das Potenzial der zahllosen nebenamtlichen Übungsleiter oder „sonst geeigneter Personen“ zu nutzen.

### Profis der Unfallkasse helfen

Arbeitsverdichtung, neue komplexe Aufgaben, neue Technologien, Zeitdruck und eine alternde Belegschaft müssen aus Sicht von **Wenke Simon** jeden Betrieb dazu bringen, sich um ein wirksames Gesundheitsmanage-

te Klarheit.

**Gesundheit sei nicht nur die Abwesenheit von Krankheit**, verdeutlichte die Gesundheitswissenschaftlerin, sondern „ein Zustand vollkommen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“.

Die Luxemburger Deklaration zur Betrieblichen Gesundheitsförderung nennt als deren zu verknüpfende Bestandteile:

- Verbesserung der Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen
- Förderung einer aktiven Mitarbeiterbeteiligung
- Stärkung persönlicher Kompetenzen zur Gesunderhaltung.

In der Diskussion wurde klar, dass mit den Arbeitsbedingungen auch Führung und Zusammenarbeit in einer Organisation gemeint sein muss und die Qualifikation und Sensibilisierung von

**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

**BETRIEBLICHE GESUNDHEITSFÖRDERUNG IN DER POLIZEI**

Vorgesetzten insgesamt ein wirkungsvoller Weg zu Verbesserungen sein kann. Mit Unterstützung durch Dr. Kai Lükens verdeutlichte Frau Simon schließlich, wie Grundlagen für die BGF in der Polizei geschaffen werden sollen. Man habe sich entschieden, eine Grundlagenhebung mittels Fragebogen auf Papier zu machen; dabei werde die Universität Magdeburg eingebunden. Dabei sei man sehr auf die Akzeptanz der Belegschaft angewiesen und lege Wert auf die Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen. Die Seminarteilnehmer wiesen darauf hin, dass einer solchen Umfrage dann auch eine wahrnehmbare Aktivität und Verbesserung folgen müsse, sonst sei der Frust hinterher umso größer.

**Aktivitäten im ISM**

Die Beweggründe zur Einführung eines Gesundheitsmanagements beschrieb Philipp Römer, der im ISM Leiter des zuständigen Referates sein wird,

ähnlich wie Frau Simon. Ziel sei es, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger und gesünder im Dienst bleiben könnten. Das bringe Vorteile für beide Seiten. An ersten Überlegungen, wie die BGF organisatorisch dargestellt werden soll, entzündeten sich Diskussionen um den richtigen Weg, auch um die Frage der Einbindung der Personalräte. Nähere Erörterungen mit dem Hauptpersonalrat ständen bevor.

**Möglichkeiten für Personalräte**

**Helmut Knerr**, stellv. GdP-Landesvorsitzender, erläuterte den Teilnehmern am zweiten Tag, an welchen Stellen des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung Personalräte und Vorgesetzte Möglichkeiten aber auch zwingende Verpflichtungen haben. So mancher Personalrat im Raum fasste sich an die eigene Nase und gelobte Besserung. Am Beispiel der Neuausstattung

der Dienststellen mit Druckern und Kopierern wurde durchgespielt, welche Verpflichtungen beide Seiten haben, wenn es etwa um die gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung oder den Mitbestimmungstatbestand „Gestaltung des Arbeitsplatzes“ geht.

**Feinstaub, Nanopartikel und Co.**

Beim Thema Kopierer und Toner war **Josef Schumacher**, Vorsitzender des Fachausschusses Gesundheitsförderung und Arbeitssicherheit in der GdP Rheinland-Pfalz (FAGA), in seinem Element und schilderte seine Erfahrungen im Polizeipräsidium Trier. Zwischen Schumacher und Dipl.-Ing. Werner von der Unfallkasse flogen die Fakten nur so hin und her, so dass die rege nachfragenden Zuhörer voll auf ihre Kosten kamen. Jupp Schumacher schloss mit dem Hinweis darauf, dass es GdP und Hauptpersonalrat im Einstieg

gelingen sei, dass die Ausschreibung von Laserdruckern für die Polizei um 20% reduziert werde. Für dieses Geld sollen Kolleginnen und Kollegen, die gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Toner vermuten, ein Tinten drucker zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sei auf Ebene der Landesregierung auf Anregung der GdP eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Druckerkonzepten eingerichtet worden.

**Ergebnisse produziert**

In Arbeitsgruppen wurden Eckpunkte für eine Dienstvereinbarung zwischen ISM und Hauptpersonalrat Polizei sowie Anregungen für die örtlichen und Gesamtpersonalräte erarbeitet. Besorgt zeigten sich die Teilnehmer, ob nach der „Geburtshilfe“ der Unfallkasse die Gesundheitsförderung auch dauerhaft durch Personal vom Fach betreiben werde. **BB**

**AUS DEM LANDTAG**

**Thema Polizeizulage aufgerufen**

Die FDP-Fraktion hat im Landtag das Thema Polizeizulage aufgerufen. Ihr Antrag zur Änderung des Besoldungsgesetzes geht in die richtige Richtung, greift aber aus Sicht der GdP zu kurz.

Nach einem Gespräch mit der GdP beantragte die FDP, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Jahrgänge 1946 und 1947 per Landesgesetz sicherzustellen. Die betroffenen Beamten hatten zunächst den Anspruch auf die höheren Pensionsbezüge durch § 81 BBesG eingeräumt bekommen, wenn sie bis 31. 12. 2007 in den Ruhestand getreten wären. Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit (§ 208 LBG) tritt der Ruhestand erst nach dieser Schutzfrist ein, die Polizeizulage fällt damit aus dem Ruhegehalt heraus.

Jetzt soll per Gesetz den rund 180 Kolleginnen und Kollegen die Zahlung der Polizeizulage im Ruhestand garantiert werden. Damit wäre ein wichtiger erster Erfolg erreicht. Die GdP hatte mit diesem Ziel bereits Klagen

bei den Verwaltungsgerichten eingereicht. Bei der Landtagsdebatte am 27. 9. 2007 signalisierte die CDU Zustimmung, und auch die SPD war bereit, den Vorschlag an den zuständigen Haushaltsausschuss zur weiteren Be-

ratung zu verweisen. Die GdP begrüßt die Initiative, aber den Landtagsfraktionen muss klar sein, dass mit der Beschränkung auf die Jahrgänge 1946 und 1947 kein ausreichender Bestandschutz entsteht. Denn die Verlängerung der Lebensarbeitszeit trifft ebenso die Jahrgänge 1948, 1949 und 1950, die als Beamte der Besoldungsgruppen bis A 9 die Polizeizulage auf das Ruhegehalt aufgerechnet bekommen, wenn sie bis 31. 12. 2010 in den Ruhestand treten können. Oder anders ausgedrückt, wer aus dieser Gruppe bis 63 arbeiten muss, verliert die 127,38 Euro als Berechnungsgrundlage für die Pension. Deshalb fordert die GdP:

- die Einbeziehung der Jahrgänge 1946 bis 1950 in die jetzt geplante gesetzliche Bestandschutzregelung und
- eine gesetzliche Regelung des Landes zur generellen Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. **TW**



**FDP-Fraktionschef Herbert Mertin und MdL Thomas Auler machen die Polizeizulage im Landtag zum Thema.**

# Fahndung soll „gemeinsames Projekt“ bleiben

Das Innenministerium hat im September den Behörden und Einrichtungen der Polizei eine Liste von möglichen Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation zur Stellungnahme vorgelegt, über die in den zurückliegenden Jahren der Diskussion bisher weder fachlich noch politisch entschieden wurde.

Die GdP wurde – wie der Hauptpersonalrat Polizei – bisher nicht beteiligt, erarbeitet aber unter Beteiligung der Fachausschüsse eine Stellungnahme. Dabei ist die bisher in Organisationsworkshops geleistete Arbeit eine gute Grundlage.

Die folgenden Themen stehen zur Debatte:

- Verlagerung von Aufgaben (geringe Mengen BTM und Propagandadelikte) auf die Polizeiinspektionen mit Kriminalbeamten.

- Tödliche Unfälle und Umweltdelikte auf und an Wasserstraßen an die WSP.

- Flexible Zuständigkeitsregelungen auf Behördenebene ermöglichen (Beispiele: Kirchheim-Bolanden oder Simmern).

- Die Fahndung soll Bestandteil eines neuen Kommissariates 8 oder an den KI-Leiter angebunden werden.

- Bündelung von Präventionsaufgaben in einem neuen Sachbereich 14.

- Individuelle Gestaltung des Dauerdienstes und Anbindung an K/7.

- Gemeinsame Sachgebiete Jugendkriminalität von Polizei- und Kriminalinspektionen in den Mittelzentren mit Kriminalinspektionen.

Die GdP kritisiert, dass immer noch die 80% Bearbeitungsanteil als Zielwert für eine PI mit Kriminalbeamten genannt werden. „Prozentwerte sind in erster Linie eine Folge der kriminellen Phänomene in einem Polizeibezirk und sind untauglich, ein Ziel zu beschreiben“, meint dazu Bernd Becker, im gLV für die

Kriminalpolizei zuständig. Bei der Fahndung gebe es Kriterien, die von dem Landesdelegierten-tag der GdP beschrieben worden seien, meint Becker weiter. Danach ist es der GdP wichtig, dass der projekthafte und dienstzweigübergreifende Charakter durch wechselndes Personal aus Schutz- und Kriminalpolizei erhalten bleibt. Darüber hinaus sollen die „gemeinsamen“ Fahndungseinheiten einen eigenen (taktischen) Leiter und Abwesenheitsvertreter haben. Sind diese Kriterien erfüllt, ist die organisatorische Anbindung der Einheit nach Auffassung des Fachausschusses Kriminalpolizei nachrangig. Die Frage der Anbindung sei auch beim Kriminaldauerdienst von untergeordneter Bedeutung, meinen die GdP-Fachleute; die riesige Vielfalt der Aufgaben und die teilweise entstehenden sehr großen Einheiten sprächen eher gegen die Anbindung an K/7. Individuelle Lösungen seien sowohl bei der Arbeitszeit, als auch bei der Anbindung zu akzeptieren, meint die GdP. Keinesfalls dürfe es aber zu einer Ausweitung nicht mehr zeitgemäßer sowie aus Fürsorge- und Qualitäts-

gründen fragwürdiger Bereitschaftsdienste kommen.

Bei der Jugendsachbearbeitung muss nach GdP-Auffassung die Einrichtung von Häusern des Jugendrechts in allen fünf Oberzentren Priorität genießen. Die Einrichtung eines gemeinsamen Sachgebietes aus PI und KI soll dagegen von den Verhältnissen und der Bereitschaft vor Ort abhängig gemacht werden. In Zwischenschritten könne erst einmal bei den KI'en die Jugendsachbearbeitung implementiert werden oder – für den Jugendbereich – den PI'en am Standort der KI die Zuständigkeit einer PI mit Kriminalbeamten zugestanden werden.

In der GdP wird im Zusammenhang mit der Organisationsfortschreibung nach wie vor auch eine Umkehr des Zuständigkeitsgrundsatzes für Kapitaldelikte in Verbindung mit kalendermäßig auf Behördenebene vorbereiteter Kommissionsarbeit diskutiert.

An Meinungen dazu sind wir sehr interessiert. Die GdP-Stellungnahme, die bei Redaktionsschluss noch nicht fertig war, kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden. **BB**

## JUNGE GRUPPE



**Vorstandsmitglieder der JUNGEN GRUPPE der GdP nahmen an einer Hospitation bei der SPD-Landtagsfraktion teil. Die MdL Michael Hüttner, Carsten Pörksen und Hans Jürgen Noß begleiteten Karina Faltin, Sabrina Kunz und Tina Saxler durch das Programm.**

## KURZ & KNACKIG

### ■ Neues POG

Die Regierung will das POG novellieren. Rasterfahndung und Telekommunikationsüberwachung sollen entsprechend der Verfassungsgerichts Vorgabe für Fälle der Gefahrenabwehr angepasst werden. Weitere geplante Rechtsregelungen beziehen sich auf die DNA-Analyse, die Eigensicherung der Polizistinnen und Polizisten bei Verkehrskontrollen, den Wegfall der nachträglichen richterlichen Entscheidung bei der behördlich angeordneten Standortfeststellung, Aufbewahrungsfristen und Prüftermine bei der Speicherung personenbezogener Daten, polizeiliche Befugnisse zur körperlichen Untersuchung von Personen zur Abwehr von Gefahren für Leib oder Leben und die Unterbringung von Betroffenen bei Durchführung von mehreren verdeckten Maßnahmen

### ■ Mehrarbeit

Auf Drängen der GdP hat das ISM die Mittel zur Bezahlung von Mehrarbeit um 146 000 Euro aufgestockt. Damit kann ein Teil der WM-Stunden ausgezahlt werden. Insgesamt sind inzwischen mehr als 1,4 Mio. Überstunden aufgelaufen.

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)

[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

# GdP erfolgreich bei JAV-Wahl



Super erfolgreich für die GdP verlief die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) beim 31. Studiengang der FH der Polizei. Auf die GdP-Liste entfielen mehr als 75 Prozent der gültigen Stimmen. Insgesamt rücken aus der GdP-Liste sechs Kolleginnen und Kollegen in die JAV ein, nur ein Platz geht an die DPoIG. Zum Vorsit-

zenden der JAV wurde Felix Hens gewählt, stellvertretende Vorsitzende wurden Michael Flis und Julia Hofstätter. Weiter gehören für die GdP Christina Lenz, Markus Jakob und Josua Klinkosch der JAV an.

Der neuen JAV, die in ihrer Arbeit von der GdP tatkräftig unterstützt wird, wünschen wir viel Erfolg. **red**

NEUE SCHIESSZENTREN

# Schieß- und Einsatztraining wird auf neue Grundlagen gestellt

**Das Innenministerium RP plant neue Standards für das polizeiliche Schieß- und Einsatztraining der Polizei. Dabei wird das Programm auf vier neue Schießzentren zugeschnitten.**

Eine Lenkungsgruppe beim ISM unter Leitung von POR Friedel Durben zeichnet für das neue Konzept für das Schieß- und Einsatztraining der Polizei verantwortlich. Der HPRP war in der AG durch den stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Helmut Knerr vertreten, der gewerkschaftlich alle Fragen der Technik und die Konzeption Schießen begleitet. Im Rahmen der Projektarbeit standen die Planungs- und Baubegleitung, die Finanzierung, die Nutzungskonzeption, die Schießtechnik sowie eine IT-Unterstützung zur Untersuchung an.

Ausgangslage zum Projektauftrag waren die Nutzungseinschränkungen vieler bislang polizeilich genutzter Schießanlagen, die künftigen Anforderungen der neuen PDV 211 nicht mehr genügen. Ebenso war der unterschiedliche Fortbildungsstandard in den Behörden und Einrichtungen zu berücksichtigen. Für das künftige Schieß- und Einsatztraining sollen neue einheitliche Standards beschrieben werden. Die Kolleginnen und Kollegen werden sich darauf einstellen müssen, dass sie künftig nur noch auf vier Schießanlagen (neu: „Schießzentren“)

der Polizei in Koblenz, Mainz, Enkenbach-Alsenborn (ab Ende 2008/Anfang 2009) und Wittlich-Wengerohr (nach Planungsstand ab 2009) ihre Schießaus- und -fortbildung durchlaufen werden. Die Schießanlagen werden entweder für die Anforderungen der neuen PDV 211 umgerüstet oder aber wie in Enkenbach-Alsenborn und Wittlich-Wengerohr nach modernsten Gesichtspunkten der Technik neu gebaut. Helmut Knerr begrüßt, dass die rheinland-pfälzische Polizei gerade für diesen wichtigen Aus- und Fortbildungspart die besten Voraussetzungen im Bundesvergleich erhält. Alle Waffenträger (Einsatzkräfte und administrative Kräfte) sind künftig zur jährlichen Teilnahme am Schießtraining verpflichtet. Am Einsatztraining müssen die Einsatzkräfte teilnehmen. In verschiedenen Modellen werden die Trainings derzeit in Modulform konzipiert. Jährlich müssen dann alle Waffenträger (Einsatzkräfte – Pistole und Maschinenpistole/ Administrative Kräfte – Pistole) nach der neuen PDV 211 eine Kontrollübung absolvieren.

Für GdP-Landesvorsitzenden

Ernst Scharbach und Helmut Knerr ist eine Qualitätssteigerung im Bereich des Schieß- und Einsatztrainings schon jetzt klar erkennbar. Beide sehen diese Veränderungsprozesse im Schieß- und Einsatztraining als einen richtigen Schritt an. Die hohen Anforderungen und Personalbindungen durch die veränderten Situationen bei der Nutzung der vier Schießzentren (Anfahrtswege/Personalsituation vor Ort und Planbarkeit der Dienstverrichtungen) müssen übereinander passen. Schon jetzt sind die Personalstärken vor Ort für die Dienstverrichtungen dramatisch knapp. Die GdP wird sehr darauf achten, dass durch dieses weitere sicherlich sehr notwendige Aus- und Fortbildungspaket die Dienststärken vor Ort nicht weiter geschwächt werden. Auch die Auswirkungen und Konsequenzen für die Kolleginnen und Kollegen bei Nichterfüllung der Kontrollübungen ist für die GdP eine wichtige Frage, die sehr intensiv mit dem Innenministerium thematisiert werden muss, so Scharbach und Knerr einhellig in ersten Bewertungen.

Aktuell werden im Projekt die Organisation des künftigen Schieß- und Einsatztrainings weiter vorbereitet. Dabei werden die konkreten Punkte – Fachauf-

sicht, zentrale Erarbeitung der Trainingsinhalte, Fortschreiben der Standards, Traineraus- und -fortbildung, Organisation und Planung der Trainings, Durchführung des Schieß- und Einsatztrainings und Liegenschaftsverwaltung / Haustechnik / Logistik – betrachtet. Wichtig ist hierbei für die Behörden und Einrichtungen die Entscheidung über die organisatorische Anbindung des Schieß- und Einsatztrainings.

Weiter im Focus sind die Erarbeitung eines Landesteils zur PDV 211, eine Bedarfsbeschreibung für das Einsatztraining und die Beschaffung und Einführung einer Software für die Seminarplanung und die jeweiligen Leistungsnachweise. **HK**

Anzeige



**PSW -Rabatt?**  
[www.psw-rp.de](http://www.psw-rp.de)  
 0 61 31/9 60 09 31

### Personenspürhunde

Drei Diensthundeführer werden einen weiteren Hund erhalten, die als **Personenspürhunde** ausgebildet werden sollen. Die Übernahme der Welpen erfolgt in den nächsten Wochen.

Das ISM hat entschieden, dass die **Kfz-Werkstätten** Trier und Wengerohr gemeinsam von der Bereitschaftspolizei „gesteuert“ werden sollen. Die Werkstätten spezialisieren sich auf bestimmte Arbeiten, die Beschäftigten bleiben in der Personalhoheit des PP, resp. der BePo.

Der „Steuermann“ der BePo entscheidet, wo die Fahrzeuge repariert werden – in TR, WIL oder gegebenenfalls auch in einer Privatwerkstatt. Entscheidendes Kriterium soll die kostengünstigste Variante sein. Die abschließende Vereinbarung steht noch aus.

In verschiedenen **Internetportalen** haben sich einige unserer Kolleginnen und Kollegen mit ihren persönlichen Daten, teils auch mit Fotos, verewigt. Das ISM weist auf § 22 KUG



hin: Ablichtungen bedürfen des Einverständnisses des Abgebildeten. Ferner seien die besonderen Pflichten aus dem Beamtenverhältnis zu beachten – und

nicht zuletzt die Erfordernisse der Eigensicherung.

Dem Antrag des HPRP auf „Besitzstandswahrung“ für Beschäftigte im Schreibdienst, die bei Änderungen in der Arbeitsplatzbeschreibung ihre Zulagen verlieren, wurde vom ISM abgelehnt. Falls derartige Fälle auftreten, müssen sie einzelfallbezogen geprüft werden.

**Dieter Kronauer,  
Margarethe Relet  
(Polizeibeschäftigte),  
Ernst Scharbach (Beamte)**

### BLAUE UNIFORM



Ernst Scharbach mit neuer Basecap

Mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen aus dem Testlauf „Blaue Uniform“ folgten der Einladung des HPRP nach Mainz. Der Vorsitzende Ernst Scharbach, Mitglieder des HPRP und Mitglieder anderer Personalräte wollten von den Testern wissen, welche Erfahrungen sie bisher mit den neuen Kleidungsstücken gemacht haben. Die neuen Uniformteile wurden überwiegend positiv bewertet. Besonders positiv bewertet wurde die „taktische Hülle für ballistische Pakete“ (der Volksmund nennt dies Überziehschutzweste, auch wenn sie im technischen Sinne keine ist). Die Bereitschaft zum Tragen der schussicheren Weste sei enorm gestiegen. Kritische Bemerkungen zu Tragekomfort, Qualität und Sichtbarkeit einiger Kleidungsstücke werden dem ISM vorgetragen. Auf Anregung des HPRP wird ein Institut einzelne Bekleidungsstücke bewerten. Beispielhafte Forderungen der Teilnehmer: Erkennbarkeit der Uniform verbessern, Qualität verbessern, Einsatzmütze auch für den täglichen Dienst einführen, der Rock soll nicht eingeführt werden. Vom ISM wurde bereits signalisiert, dass auch bei Einführung der neuen Uniform Lederblouson und Strickweste erhalten bleiben.

Die AG Blau wird sich in der nächsten Sitzung mit den Ergebnissen der Fragebogenaktion und den Ergebnissen der Veranstaltung befassen. **HWG**

### PERSONALRATSWAHLEN

### GdP klar vorne

Paul Mohr bleibt Vorsitzender des Personalrates bei der FH/LPS. Bei den Personalratswahlen Mitte September konnte die GdP einen klaren Erfolg erzielen und stellt im neuen Personalrat acht von 13 Mitgliedern.

In der Beamtengruppe entfielen 188 der 320 gültigen Stimmen auf die GdP. Bei den Beschäftigten verpasste die GdP ganz knapp den zweiten Sitz: 50 der 78 gültigen Stimmen entfielen auf die GdP-Liste. Die GdP dankt allen Wählerinnen und Wählern für diesen Vertrauensbeweis. Wir werden



Paul Mohr

unsere Vertretungsarbeit im Interesse der Beschäftigten der Dienststelle konsequent fortsetzen.

Erneut führt Paul Mohr den Personalrat. Ihm stehen Norbert Kölzer und Bernhard Schweiter als stellvertretende Vorsitzende zur Seite. Dem Vorstand gehören weiter Thomas Lenz und Andreas Lupp an. Alle Vorstandsmitglieder des Personalrates sind GdP-Mitglieder.

Die Neuwahl des örtlichen Personalrates war erforderlich geworden, weil die LPS/FH mit der Umstellung der Zuständigkeit für Neueinstellungen Ausbildungsbehörde wurde und infolge dieser Rechtsänderung

die Zahl der Beschäftigten erheblich stieg. **TW**

Anzeige



**PSW -Rabatt?**  
[www.psw-reisen.de](http://www.psw-reisen.de)  
0 61 31/9 60 09 23

# Ab 1. November 2007 erhalten alle GdP-Mitglieder auf Pauschalreisen

## 5% Rabatt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Rheinland Pfalz hat mit PSW-Reisen GbR Baden Württemberg fusioniert. Für Sie wird sich nichts ändern. Ihre Ansprechpartner, Telefonnummer, die Öffnungszeiten sowie der Standort bleiben wie bisher. Die Geschäftsleitung wird ab 1.11.2007 Herr Wolfgang Schmidt übernehmen, der sich in einer der nächsten Ausgaben noch bei Ihnen vorstellen wird. Für die Ausgabe November haben wir für Sie zwei unserer speziellen Gruppenreisen ausgesucht, die wir Ihnen gerne vorstellen möchten.



## Silvestergala in Paris

Busreise vom 30.12.2007 bis 01.01.2008

Reisepreis pro Person im DZ € 370,- , Reisepreis pro Person im EZ € 482,-

1. Tag: Busanreise ab Mainz (weitere Zusteigemöglichkeiten auf Anfrage). Check-In im 4\* Hotel Sofitel Porte des Sèvres, Paris
2. Tag: Halbtägige Stadtrundfahrt zu den Hauptattraktionen der Seinemetropole. Oper, Champs-Elysées, Eiffelturm und vieles mehr erwartet Sie. Nachmittags haben Sie die Gelegenheit das Parfum-Museum in der Nähe d. Oper zu besichtigen und genießen eine 1-stündige Schifffahrt auf der Seine, vorbei an den weltberühmten Monumenten der Stadt. Abends beenden Sie das alte Jahr bei einer Silvestergala mit Schlemmerbuffet, Musikunterhaltung u. Tanz im eleganten Ballsaal des Hotels. Um Mitternacht heißt es „Prosit Neujahr“ mit einem prickelndem Glas Champagner.
3. Tag: Heimreise

### Im Reisepreis enthalten:

- Busfahrt
- 2 x Übernachtung inkl. Frühstücksbuffet
- 1 x halbtägige Stadtrundfahrt mit qualifiziertem deutschsprachigem Reiseleiter
- 1 x Besichtigung des Parfum-Museums „Fragonard“
- 1 x einstündige Seineschifffahrt,
- 1 x Silvesterparty mit Schlemmerbuffet, Musikunterhaltung & Tanz, inkl. Wein, Wasser, Kaffee und Mitternachtsschampagner.

### Nicht im Reisepreis enthalten:

- Reiseversicherung
- Weitere Mahlzeiten außer den o.a.
- Trinkgelder für Busfahrer und Reiseleiter

## Advent in Südtirol

4-tägige Busreise mit Konzerten  
vom 13.-16.12.2007

Reisepreis pro Person im DZ/HP € 330,00

Einzelzimmerzuschlag € 50,00

### Höhepunkte der Reise:

- Besuch der Weihnachtsmärkte in Brixen, Bozen und Sterzing
- Weihnachtliches Chorkonzert im Brixener Dom
- Großes Adventskonzert der „Kastelruther Spatzen“ in Kastelruth (fakultativ)
- Stadtführung in Brixen mit Besuch der Krippensammlung in der Hofburg
- Stadtführung in der Altstadt in Bozen mit Besichtigung des Archäologiemuseums Ötzi
- Sehr gutes Hotel mit Wellnessbereich

### Eingeschlossene Leistungen:

- Fahrt in einem modernen Reisebus von Mainz nach Südtirol und zurück.
- 3 Ü/F mit HP im gebuchten Hotel
- Eintritt Chorkonzert im Brixener Dom
- Stadtführung in Brixen mit Eintritt in die Krippensammlung in der Hofburg
- Stadtführung in Bozen, Eintritt Ötzi-Museum
- Transfers zu den Weihnachtsmärkten

### Nicht im Reisepreis enthalten:

- Eintritt Konzert Kastelruther Spatzen (€ 52,00)
- Persönliche Ausgaben
- Trinkgelder

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen, Anmeldeschluss: 07.12.2007



**PSW-Reisen**  
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Tel: 06131-9600923  
Fax: 06131-9600922  
www.psw-reisen.de  
psw-reisen-rp@gdp-online.de

### Beihilfeanspruch

**Tarifbeschäftigte, die vor dem 1. 1. 1999 eingestellt wurden und deren Arbeitsverhältnis seit dieser Zeit unverändert besteht, haben weiterhin Anspruch auf Beihilfe.**

Der TV-L sieht keinen Anspruch auf Beihilfe für Beschäftigte vor. Eine Ausnahme gilt für diejenigen, die vor dem 1. 1. 1999 eingestellt wurden. Sie können für sich und berücksichtigungsfähige Familienangehörige Beihilfe beantragen. Erfolgte aber nach dem Stichtag 1. 1. 1999 eine Änderung des Arbeitsvertrages, erlosch auch für diesen Personenkreis der Anspruch, soweit dies schriftlich im Vertrag vereinbart wurde (z. B.: Wechsel vom Arbeiter- ins Angestelltenverhältnis, Weiterbeschäftigung nach einem befristeten Arbeitsvertrag).

Zu den beihilfefähigen Aufwendungen für gesetzlich Versicherte zählen Ausgaben für

- Säuglingserstaussattung
- Zahnersatz
- Empfängnisregelnde Mittel
- Aufwendungen in Todesfällen
- Aufwendungen für Sanatoriumsbehandlungen und Heilkuren nur unter besonderen Voraussetzungen

Beihilfeanträge sind schriftlich vorzulegen; jedoch spätestens zwei Jahre nach Rechnungsdatum. Die beihilfefähigen Aufwendungen sind um die Leistungen der Krankenkasse zu kürzen. Diese sind der Beihilfestelle nachzuweisen. Eine Beihilfe wird nur dann gewährt, wenn nach Kürzung um die Leistungen der Krankenkasse die Aufwendungen 100 Euro übersteigen. Wer unsicher ist, ob ihm für bestimmte Leistungen noch eine Beihilfe zusteht, soll vorsorglich einen Antrag stellen. **MR**

### Verabschiedung



*Im Juni 2007 wurde Kollege Peter Mauß (Mitte) in seinen wohlverdienten Ruhestand versetzt. Auf diesem Wege wurde er durch den Vorstand der KG Enkenbach mit einem kleinen Präsent verabschiedet. Die KG dankt dem Kollegen Mauß für seine langjährige Unterstützung und sein Engagement für die GdP und wünscht ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute. Auch als Pensionär steht er für seine GdP. Peter Mauß will sich als „Zweibrücker“ aktiv in die Seniorenarbeit der KG PD Pirmasens einbringen.*



*Wolfgang Hoes vom PP Mainz wurde vom Personalrats- und Kreisgruppenvorsitzenden Michael Schweikhard in die Altersteilzeit verabschiedet. Hoes war über Jahrzehnte hinweg allseits anerkannter Vertrauensmann der GdP bei der PI 1, Mitglied des Personalrates und des GdP-Vorstandes vor Ort. Wir sind uns ganz sicher, dass Wolfgang Hoes auch im Ruhestand weiter aktiv in der GdP mitarbeiten wird. Für die Zukunft wünschen wir alles Gute.*

## VEREIDIGUNG



**Innenminister Bruch hat die im Mai 2007 eingestellten Polizeianwärterinnen und -anwärter vereidigt. Die GdP gratuliert zum feierlichen Anlass!**

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Wilfried Rindsfüßer, KG PP/PD Koblenz  
 Gerhard Lerch, KG PP/PD Koblenz  
 Peter Albert, KG PP Westpfalz

## WIR TRAUERN UM

Otto Sticht, KG PD Worms, 86 Jahre  
 Benno Fuchs, KG Vorderpfalz, 91 Jahre  
 Margareta Fillauer, KG Bepo Mainz, 69 Jahre  
 Ehefrau v. Kollege Kurt Fillauer  
 Werner Fleckenstein, KG PP Trier, 67 Jahre  
 Ehemann v. Kollegin Annemarie Fleckenstein

**Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.**